

Gute Luft, schlechte Luft

Die Feinstaub-Belastung ist gesunken – aber die Stickstoffdioxid-Werte an viel befahrenen Straßen sind zu hoch

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Die Qualität der Luft in Bremen ist auch im Vergleich mit anderen Großstädten gut. Das geht aus dem Jahresbericht 2015 hervor, den das Bremer Luftüberwachungssystem zusammen mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr am Donnerstag veröffentlicht hat. Ein Problem bleibt aber weiterhin bestehen: Der Stickstoffdioxid-Ausstoß an Hauptverkehrspunkten wie am Dobben und an der Nordstraße ist weiterhin zu hoch. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Maïke Schaefer, merkte dies in der Sitzung der Umwelt- und Verkehrsdeputation am Donnerstag an und forderte mehr Anstrengungen der Autohersteller, um die Luftverschmutzung durch Stickstoffdioxide deutlich zu verringern.

An insgesamt drei Luftmessstationen – Dobbenweg und Nordstraße in Bremen und Cherbourger Straße in Bremerhaven – kontrollieren die Behördenmitarbeiter die verkehrsnahen Immissionen von Feinstaub, Stickstoffdioxid und Kohlenmonoxid. We-

„Wir haben als Großstadt sehr positive Luftwerte.“

Maïke Schaefer (Grüne)

gen des Kraftfahrzeugverkehrs lagen an allen Standorten die Werte über dem geltenden Grenzwert. „Die Ergebnisse untermauern, dass die Stickstoffdioxid-Belastung insbesondere dem Straßenverkehr zuzurechnen ist. Gerade Dieselfahrzeuge stoßen zu viele Stickoxide aus, wie der Abgaskandal gezeigt hat“, erklärte Schaefer, die umweltpolitische Sprecherin der Grünen. Stickoxide könnten Lungenkrebs und andere schwere Atemwegserkrankungen verursachen. Die Auto-Hersteller seien in der Pflicht, den Schadstoffausstoß für eine bessere Luftqualität deutlich zu drosseln.

„Welche Maßnahmen sind denn schon getroffen worden, um die Werte in den Griff zu bekommen?“, fragte der CDU-Abgeordnete Frank Imhoff, der den Bericht in der Deputationssitzung aber auch ausdrücklich lobte. Bausenator Joachim Lohse (Grüne) erklärte daraufhin, dass die Einrichtung der Tempo-30-Zone an der Bismarckstraße und am Dobben unter seinem Vorgänger Reinhard Loske bereits zu Verbesserungen geführt habe. Der Hauptgrund sei jedoch, dass



Feierabendstau: Wegen des Autoverkehrs liegen unter anderem die Werte für Stickstoffdioxide über dem geltenden Grenzwert. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Automobilhersteller ihre Versprechen nicht eingehalten hätten und vor allem an Dieselfahrzeugen „geschummelt und getrickst haben“. Insgesamt zeige der Jahresbericht zur Luftqualität, dass die Umweltzone in Bremen erfolgreich sei, die Feinstaub-Belastung habe man dadurch in den Griff bekommen. „Besser kann man es nicht dokumentieren“, sagte Senator Lohse, der in diesem Zusammenhang die wichtige, bundesweite Diskussion über die Einführung einer neuen Autoplakette (blaue Plakette), um die Luftqualität zu verbessern, erwähnte.

Die Lenkungswirkung der Umweltzone habe sich insgesamt bewährt, wie die sinkende Feinstaubbelastung zeige, meinte auch Maïke Schaefer. Gegebenenfalls müssten die Auflagen verschärft werden, damit auch die Stickoxid-Belastung spürbar nachlasse. „Wir haben als Groß- und Industriestadt sehr positive Werte. Zur verbesserten Luftqualität tragen aber ebenso die Förderung des Radverkehrs, der Ausbau des ÖPNV und mehr Tempo 30 bei“, so Schaefer.

Kontinuierliche Immissionsmessungen wurden im Jahre 2015 im Land Bremen an sechs Luftmessstationen (Bremerhaven, Bremen-Nord, Bremen-Mitte, Bremen-Oslebshausen, Bremen-Hasenbüren und Bremen-Ost) vorgenommen. Kontrolliert werden dabei die Werte von Feinstaub, Stickstoffdioxid, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid.

Bei den Schadstoffen Schwefeldioxid (maximal zwei Mikrogramm pro Kubikmeter) und Kohlenmonoxid (0,4 Milligramm pro Kubikmeter) liegt die Immissionsbelastung in Bremen und Bremerhaven im Jahresmittel laut Bericht auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie im Vorjahr. Die Grenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit werden damit deutlich unterschritten.

Der Schwellenwert für Ozon von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter wurde nur einmal am 4. Juli 2016 zwischen 12 und 17 Uhr an fünf Luftmessstationen überschritten, wodurch die Öffentlichkeit entsprechend informiert werden musste. Der Alarmschwellenwert hingegen sei an keiner Station erreicht worden.

Der Immissionsgrenzwert für Feinstaub von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter wurde 2015 an keiner Messstation überschritten. Die Messwerte bewegen sich an den verkehrsnahen Hintergrundstationen zwischen 17 und 19 Mikrogramm pro Kubikmeter, an den verkehrsnahen Stationen zwischen 23 und 25. Die Hintergrundbelastung liege im Vergleich zum Jahr 2014 durchschnittlich sogar niedriger.

1,4 Millionen Euro für Spielplätze

Behörde stellt Sofortprogramm vor

Bremen. Die Sozialbehörde gibt mehr Geld als geplant für Bremens Spielplätze aus: 700 000 Euro sollen in diesem Jahr zusätzlich in 22 Projekte investiert werden. Die Senatorin für Soziales, Jugend und Integration, Anja Stahmann (Grüne), stellte die Pläne für das Sofortprogramm am Donnerstag vor. „Nach einigen Jahren der Stagnation wird das die Attraktivität einer ganzen Reihe von Spielplätzen wieder deutlich erhöhen“, sagte Stahmann. Für das kommende Jahr seien Mittel in gleicher Höhe in den Haushalt eingeplant, insgesamt geht es also um 1,4 Millionen Euro. Über die Verteilung der Mittel im kommenden Jahr sei aber noch nicht entschieden.

In diesem Jahr werden 22 Projekte in Bremen von den 700 000 Euro profitieren. Zum Beispiel wird ein Spielschiff auf dem Spielplatz Pürschweg in Lüssum-Bockhorn mit 30 000 Euro finanziert, der Spielplatz Friedrich-Klippert-Straße in Grohn wird für 35 000 Euro neu gestaltet, und die Plätze in der Hemelinger Glockenstraße sowie in der Schlossparkstraße in Sebaldsbrück werden für jeweils 60 000 Euro neu gestaltet beziehungsweise überarbeitet.

Außerdem bekommt der Förderfonds von „Spielräume schaffen“ mehr Geld: 75 000 Euro statt 25 000 Euro. Der Fonds ist eine Gemeinschaftsaktion des Deutschen Kinderhilfswerks und des Vereins Spiellandschaft. Mit dem Geld werden Flächen mit Rutschen und anderen Spielgeräten ausgestattet, die keine öffentlichen Spielplätze sind. Also zum Beispiel Schulhöfe, die Außenbereiche von Kindergärten, die Flächen von Vereinen oder auch von Gemeinschaftsunterkünften für geflüchtete Familien. Im Gegenzug werden diese Plätze für die Allgemeinheit geöffnet. Einzelne Projekte kann der Fonds künftig mit bis zu 5 000 Euro fördern, bislang waren es 2 600 Euro. „Wir gleichen uns damit vergleichbaren Fonds in anderen Ländern an“, sagte Senatorin Stahmann.

In den vergangenen Monaten hatte es immer wieder Diskussionen um Bremens Spielplätze gegeben: Spielgeräte waren marode, für neue war kein Geld da. Zwischenzeitlich ließ es auch, zehn Spielplätze sollten gebaut werden: mit Kitas und Schulen. Später sprach die Bildungsbehörde noch von drei Spielplätzen, die im äußersten Notfall gebaut werden sollen. KAA

Gestohlene Autoteile beschlagnahmt

Bremen. Bei einer Wohnungsdurchsuchung hat die Polizei am Mittwoch gestohlene Scheinwerfer, Lenkräder und Navigationsgeräte im Wert von 90 000 Euro beschlagnahmt. Der Tatverdächtige ist ein 28-jähriger Bremer, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Die Beamten nahmen ihn vorläufig fest. Der Mann soll viele Autos aufgebrochen und Teile, vor allem von Fahrzeugen der Marken BMW und Mercedes, geklaut haben. Er stand bereits Anfang des Jahres im Fokus der Ermittlungen der Polizei Niedersachsen. Die Bremer Polizei kam ihm auf die Spur, weil ein Autobesitzer die Scheinwerfer seines Wagens auf einer Verkaufsplattform im Internet fand. Die Zahlen solcher Diebstähle steigen seit mehreren Jahren deutschlandweit an. Die Polizei geht davon aus, dass die guten Absatzmöglichkeiten für Autoteile im Internet ein Grund dafür sind. KAA

Polizei entdeckt Ekel-Hähnchenbude

Bremen. Eine Hähnchenbude weniger in der Stadt: Weil der fahrende Imbisswagen gravierende Mängel aufwies, sowohl was Hygienevorschriften als auch das Fahrzeug selbst angeht, hat die Polizei eine fahrende Hähnchenbude aus dem Verkehr gezogen. Der Wagen habe von außen und innen einen heruntergekommenen Eindruck gemacht, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Gebratene und ungebratene Hähnchen steckten im Grill, auf dem Boden stand ein offener Eimer mit Pommes und einer Flasche Ketchup. Die Ware war ungekühlt, die Kühlkette „deutlich unterbrochen“, wie die Polizei schreibt. Ein Mitarbeiter des Lebensmittelüberwachungsdienstes vernichtete die Ware. Die Karosserie des Wagens war durchgerostet, die Federn hinten gebrochen, Leitungen undicht. Das Fahrzeug habe mindestens 29 schwerwiegende Mängel aufgewiesen. Fahrer und Halter der fahrenden Bude müssen mit erheblichen Bußgeldern rechnen. KAA

LOTTOQUOTEN

Lotto am Mittwoch: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 5 898 447,3 Euro; Klasse 2: 2 637 241,90 Euro; Klasse 3: 15 128,40 Euro; Klasse 4: 4 458,90 Euro; Klasse 5: 2 12,00 Euro; Klasse 6: 45,30 Euro; Klasse 7: 20,70 Euro; Klasse 8: 10,00 Euro; Klasse 9: 5,00 Euro.
„Spiel 77“ am Mittwoch: Klasse 1 „Super 77“: unbesetzt, Jackpot 422 040,70 Euro; Klasse 2: 7 777 Euro; Klasse 3: 777 Euro; Klasse 4: 77 Euro; Klasse 5: 7 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro.
„Super 6“ am Mittwoch: Klasse 1: 100 000 Euro; Klasse 2: 6 666 Euro; Klasse 3: 666 Euro; Klasse 4: 66 Euro; Klasse 5: 6 Euro; Klasse 6: 2,50 Euro (ohne Gewähr).

Ein Projektbüro für die Polizei

Grobstruktur für Reform soll bis Ende des Jahres stehen

VON RALF MICHEL

Bremen. Die Personalräte von Polizei und Innenbehörde haben der Polizeireform von Ulrich Mäurer (SPD) zugestimmt. Mehr Polizei auf der Straße, klarere Strukturen und weniger Arbeitsverdichtung für die Kollegen, formulierte der Vorsitzende des Personalrates der Polizei, Rolf Oehmke, am Donnerstag in der Innendeputation die Erwartungshaltung, die die Personalvertretung mit ihrer Zustimmung verbindet.

Mäurer will mit seiner Reform die Polizeiarbeit bürokratischer und effizienter machen. Außerdem möchte er das Verhältnis zwischen Polizei und Innenbehörde verbessern, indem Polizeipräsident Lutz Müller künftig auch die für die Polizei zuständige Abteilung 3 in der senatorischen Behörde leitet.

Zentraler Baustein der Reform wird die Neuorganisation der regionalen Polizeiarbeit sein, kündigte Mäurer an. Entschiede-

den sei aber noch nichts, betonte er. Im Gegenteil, es gebe eine Vielzahl offener Fragen, die noch geklärt werden müssten. Und dies mit einem ambitionierten Zeitplan: Bis Ende des Jahres soll eine Projektgruppe, angeführt von den Leitern der drei neu geschaffenen Polizeidirektionen (Zentrale Dienste/Einsatz/Kriminalpolizei), die Pläne zur Polizeistruktur in der Fläche ausarbeiten. Eigens dafür wird bei der Polizei ein Projektbüro eingerichtet. Zudem soll es einen Begleitausschuss mit Mitgliedern der Innendeputation, der Personalräte, der Beiräte und weiteren Interessensvertretern geben. In diesem Gremium soll über den Fortschritt der Pläne informiert und diskutiert werden. Es habe aber lediglich beratende Funktion, erklärte Mäurer.

Bis Ende Dezember soll die grobe Struktur der Polizeireform stehen, anschließend in der laufenden Legislaturperiode, also bis 2019, umgesetzt werden.

Neuanfang für Standesamt

Senator setzt Frist für Abbau unerledigter Altbestände

VON RALF MICHEL

Bremen. Bis Jahresende soll der Berg unerledigter Anträge im Standesamt abgearbeitet sein. Dieses Zeitfenster gab Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) am Donnerstagnachmittag in der Sitzung der Innendeputation aus. Und stellte bei dieser Gelegenheit klar, dass das Amt dauerhaft in der direkten Zuständigkeit der Innenbehörde bleiben werde.

Im Juli hatte das Standesamt – damals noch dem Stadtamt unterstellt – wie berichtet „Land unter“ gemeldet. Die von Urlaub und Krankmeldungen personell gebeutelte Behörde kam gegen die eingehenden Anträge nicht mehr an und schickte Bürger auch nach stundenlangem Anstehen unverrichteter Dinge nach Hause.

Mäurer erklärte das Problem zur Chefsache, setzte einen Sonderbeauftragten ein und schickte Personal aus der senatori-

schen Behörde zur Unterstützung ins Standesamt. Im Eingangsbereich stünden nun ausreichend Mitarbeiter zur Verfügung, um die Schlangen vor dem Gebäude bis 9 Uhr abgebaut zu haben, erklärte der Innenminister. „Was entschieden werden kann, wird sofort erledigt. Und wenn nicht, bekommen die Leute einen verlässlichen Termin.“

Zudem habe man die Altbestände aus der täglichen Arbeit herausgenommen. Diese würden nun abends und an Wochenenden von zusätzlichem Personal erledigt. Dafür werde man noch einige Wochen brauchen, bis Ende des Jahres, schätzte Mäurer. Dann aber sei das Standesamt bereit für einen Neuanfang. Und dies dann entgegen ursprünglicher Überlegungen dauerhaft in direkter Zuständigkeit der Innenbehörde, erklärte Mäurer. Im Stadtamt seien in der Vergangenheit einfach zu viele Bereiche zusammengezogen worden.

Mäurer: Abschiebung ist keine politische Entscheidung

Der Innensenator reagiert auf die Kritik von Wilhelm Hinners (CDU) an Bremens Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern

VON RALF MICHEL

Bremen. Acht Monate lang, seit November 2015, wurde kein abgelehnter Asylbewerber mehr aus Bremen abgeschoben – ein gefundenes Fressen für den innenpolitischen Sprecher der CDU, Wilhelm Hinners. Der kritisierte dafür am Donnerstag via Pressemitteilung die rot-grüne Landesregierung: „Die Botschaft ist doch: Nirgendwo stehen die Chancen besser, trotz eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens bleiben zu können, als in Bremen.“

Laut Statistik der Innenbehörde gab es bis zum Juni 2016 in der Stadt Bremen 596 negativ abgeschlossene Asylverfahren. 280 abgelehnte Asylbewerber reisten freiwillig aus, 153 erhielten eine Duldung, 160 Fälle sind noch in Arbeit, zwei zogen in Deutschland um, und nur ein abgelehnter Asylbewerber wurde abgeschoben (neben zwei weiteren Ausländern, bei denen 2016 aber nicht ein abgeschlossenes Asylverfahren, sondern Straftaten der Grund für die Abschiebung waren).

In der Innendeputation am Donnerstagnachmittag legte Hinners nach, diesmal mit dem Fokus auf den Duldungen. „Mehr als 25 Prozent, also jeder vierte der abgelehnt-

ten Asylbewerber, wird aktuell in Bremen geduldet.“ Auch hier gebe es große Unterschiede zu anderen Bundesländern. Dies sei nicht richtig, entgegnete Thomas Ehmke, Staatsrat der Innenbehörde. „Wir bewegen uns mit dieser Zahl im Bundesdurchschnitt, Bremen ist da kein Ausreißer nach oben.“

Die Gründe für die Duldungen der aufgeführten 153 Fälle konnte Ehmke nicht detailliert liefern, in den meisten Fällen ginge es jedoch um „real existierende Abschiebehindernisse“ wie vor allem fehlende Ausweisdokumente. Etwa ein Drittel der Duldungen gehe zudem auf Erkrankung der Ausreisepflichtigen zurück.

Hinners suggeriere der Bevölkerung, dass bei der ganzen Flüchtlingsproblematik das Hauptproblem sei, dass zu wenig abgeschoben würde, schaltete sich Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) in die Diskussion ein. „Wo haben Sie denn mal die Kanzlerin kritisiert?“, polterte er in Richtung des CDU-Mannes. Die sei schließlich für die gesamte Entwicklung und damit auch für die Verunsicherung der Bevölkerung verantwortlich.

Ohnehin führe die ganze Argumentation von Hinners zum Thema am Problem vor-

bei, so Mäurer weiter. Sowohl für Abschiebungen als auch bei Duldungen gebe es eindeutige Rechtslagen. „Das sind keine politischen Entscheidungen.“

Wenn der ablehnende Bescheid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in der Innenbehörde eingehe, würden die Betroffenen aufgefordert, Deutschland zu verlassen, erklärte Mäurer das Verfahren. Dafür hätten sie drei Wochen Zeit, in der sie in Bremen intensiv beraten würden. „Abschiebung ist dabei die Ultima Ratio – wer freiwillig ausreisen will, darf gar nicht abgeschoben werden.“

„Aber alle anderen deutschen Bundesländer haben prozentual eine deutlich höhere Abschiebequote“, hielt CDU-Politiker Hinners dagegen. Und dies bei unterschiedlichsten politischen Konstellationen in den Landesregierungen. „Woher kommt das? Diese Frage muss erlaubt sein.“

Damit wiederum wollte Wilko Zicht von den Grünen den CDU-Sprecher nicht davonkommen lassen. Hinners würde mit seiner Art zu fragen schon den Eindruck erwecken, dass, wer in Bremen nicht freiwillig ausreisen würde, bleiben könne. „Und das ist einfach nicht wahr.“



Wilhelm Hinners. FOTO: FANSLAU



Ulrich Mäurer. FOTO: KOCH